
FATIMA EL-TAYEB

UNDEUTSCH

**DIE KONSTRUKTION
DES ANDEREN IN DER
POSTMIGRANTISCHEN
GESELLSCHAFT**

Aus:

Fatima El-Tayeb

Undeutsch

Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft

September 2016, 256 Seiten, kart., 19,99 €, ISBN 978-3-8376-3074-9

Nach Jahrzehnten scheinbarer Stabilität stolpert Europa in jüngster Zeit von Krise zu Krise. Hier zeigen sich die Folgen einer einseitigen Geschichtsaufarbeitung, die nach dem Mauerfall postfaschistische und postsozialistische Narrative zu einer westlich-kapitalistischen Erfolgsgeschichte verband, während die koloniale Vergangenheit unbeachtet blieb.

Fatima El-Tayeb zeigt die Auswirkungen dieses Prozesses anhand des Beispiels deutscher Identität: Immer wieder werden rassifizierte Gruppen – insbesondere Schwarze, Roma und Muslime – als »undeutsch« produziert, als Gruppen, die nicht nur nicht zur nationalen Gemeinschaft gehören, sondern diese durch ihre Anwesenheit gefährden. Ein postmigrantisches Deutschland braucht daher nicht nur neue Zukunftsvisionen, sondern auch neue Vergangenheitsnarrative.

Fatima El-Tayeb (Dr. phil.), geb. 1966, ist Professorin für Literatur und Ethnic Studies und Direktorin des Programms »Critical Gender Studies« (CGS) an der University of California, San Diego. Sie ist Vorstandsmitglied der »Critical Ethnic Studies Association« und war Ko-Kuratorin des Projekts »The Black Atlantic« (2004, Berlin) und Ko-Organisatorin des Netzwerks »Black European Studies« (2005, Mainz). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Rassismus in Europa, Queer Theory, Populärkultur und Widerstand. Zu ihren Veröffentlichungen zählen »European Others. Queering Ethnicity in Postnational Europe« (2011, 2015 auf Deutsch erschienen) und »Schwarze Deutsche. Der Diskurs um ›Rasse‹ und nationale Identität 1890-1933« (2001).

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3074-9

Inhalt

Einleitung | 7

Einladung auf den postmigrantischen Kindergeburtstag 8 |
Postmigrantisch und postrassistisch? 11 | »Fremdenfeindlichkeit«
und Rassismusamnesie 14 | Neoliberaler Multikulturalismus und
koloniale Altlasten 16 | Grenzen hegemonialer Selbstkritik 18 |
Weiße Wissenschaft und gesellschaftlicher Rassismus 20 |
Deutschland postmigrantisch? 23

TEIL 1: POSTKOLONIALER KAPITALISMUS

I. Einige Grundlagen:

Internalistische Geschichte und evolutionäre Zeit | 31

Neudeutsche Realität: Krise als Dauerzustand? 31 | Undeutsch als
Kategorie der Normalisierung 34 | Deutschland post/faschistisch,
post/sozialistisch und post/kolonial 37 | Eine europäische
Rassismusanalyse 40 | Europas internalistische Krise 43 |
Evolutionäre Zeit 49 | Nicht hier und nicht jetzt:
Auslöschbare Leben 54

II. Internalismus und Universalismus: Wo sind Europas Grenzen? | 61

»Europa sowie die Mittelmeerregion« 61 | Koloniale Nachbeben 1:
Wie kam der Kanake nach Deutschland? 65 | Koloniale Nachbeben 2:
Berlin liegt am Mittelmeer 69 | Berlin Babylon: Kunst ist
universal 74 | Babylon's burning 78 | Humboldt-Forum:
Postkolonial ist besser als postsozialistisch 80

TEIL 2: POSTSOZIALISTISCHE VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

I. Rom_nja, Sint_ezze und die deutsche Schuldfrage | 91

Die Anderen waren schon immer hier 91 | Die größte
Flüchtlingskrise seit Ende des Ersten Weltkriegs 95 |

Die »Entmischung« Europas und die Rassifizierung von Religion 99 | »1939–1989: Vergast – verfolgt – vertrieben« 102 | »Wir haben dieses Gebäude bis auf weiteres besetzt. Das Hausrecht gehört den Opfern.« 106

II. »Wir sind das Volk«:

Von rassistischem Terror zu terrorisierten Deutschen | 111

»Je mehr man so zusammenschmolz mehr oder weniger, je mehr fielen wir hinten ab.« 111 | »Maßgebend ist das Votum der deutschen Sinti und Roma.« 114 | »Die Festung Europa wird mitten im Herzen aufgebaut.« 120 | »Hier steigt eine Giftsuppe auf« 124 | Die Deutschenfeinde 131

TEIL 3: POSTFASCHISTISCHER MULTIKULTURALISMUS

I. Deutschland ist (k)ein Einwanderungsland | 143

Europas Andere 143 | Erbliche Fremdheit: Die Ursprünge des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts 147 | Bürger_innen mit migrantischem Hintergrund und das Scheitern von Multikulti 152 | Deutschland und die Türkei 157 | »Die Abendlandfixierung des deutschen Historismus wirkt ungebrochen fort.« 164

II. Deutsche Normalisierung, Islamophobie und muslimischer Antisemitismus | 169

Hitlers Wiedergänger oder der anthropologische Faschismus 169 | »Wir werden dieses Europa nicht wiedererkennen« 173 | Islamofaschismus 177 | Muslimischer Antisemitismus 187 | Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg 193

Schluss | 207

Besorgte Bürger_innen und das Recht auf Sicherheit 210 | Antischwarzer Rassismus und das staatliche Gewaltmonopol 213 | »Europa und die Mittelmeerregion« revisited 218 | Deutschland intersektional und postmigrantisch 224

Literatur | 233

Einleitung

Dieses Buch verzichtet auf die »objektiven« Leser, die mit einem billigen und sauren Wohlwollen von den schwanken Türmen westlicher Zivilisation auf den nahen Osten hinabschielen und auf seine Bewohner; aus purer Humanität die mangelhafte Kanalisation bedauern und aus Furcht vor Ansteckung arme Emigranten in Baracken einsperren, wo die Lösung eines sozialen Problems dem Massentod überlassen bleibt. Dieses Buch will nicht von Jenen gelesen werden, die ihre eigenen, durch einen Zufall der Baracke entronnenen Väter oder Urväter verleugnen. Dieses Buch ist nicht für Leser geschrieben, die es dem Autor übelnehmen würden, daß er den Gegenstand seiner Darstellung mit Liebe behandelt, statt mit »wissenschaftlicher Sachlichkeit«, die man auch Langeweile nennt.

JOSEPH ROTH, JUDEN AUF WANDERSCHAFT, BERLIN
1927, S. 7

Der vorliegende Text fungiert in gewissem Sinne sowohl als Fortsetzung von als auch als Gegenstück zu meinem Buch, *Anders Europäisch*. Letzteres untersuchte spezifisch europäische Formen der Rassifizierung, die einerseits gekennzeichnet sind durch die feste Überzeugung, dass Europa frei von strukturellem Rassismus sei, dass es hier zwar andere Formen der Ungleichheit gebe (wenn auch weniger als anderswo), aufgrund von Klasse, Geschlecht, sogar Ethnie, aber eben keinen Rassismus, dass Europäer_innen vielmehr »farbenblind« seien, dass es für sie keine Rolle spiele, ob jemand weiß, Schwarz oder grün sei. Andererseits haben Europäer_innen ein sehr exaktes und inflexibles Verständnis davon, wer europäisch sein kann und wer nicht – und auch hier ist die Farbenlehre

von zentraler Bedeutung, allerdings ist keine große Differenzierungsfähigkeit nötig, die Unterscheidung zwischen weiß und nichtweiß ist völlig ausreichend, um die kontinentale Zugehörigkeit zu bestimmen: Wer nicht weiß ist, ist auch nicht europäisch. Weit davon entfernt, »Rasse« keine Bedeutung beizumessen, macht es das europäische Selbstverständnis lediglich unmöglich, Rassismus als solchen zu benennen. Dass dieses rassifizierte Zugehörigkeitsmodell sich in einigen Punkten deutlich von anderen, als normativ betrachteten rassistischen Systemen unterscheidet, wie z. B. dem der USA, macht es nicht weniger repressiv und strukturell. Vielmehr kreiert die Festschreibung von europäisch als notwendigerweise weiß und christlich bzw. christlich säkularisiert eine merkwürdige Positionalität für rassifizierte Migrant_innen und mehr noch ihre Nachfahren – die werden nie europäisch oder, in der hiesigen Variante, deutsch, sondern bleiben meist ebenfalls als »Zuwanderer« kategorisiert oder politisch korrekter als »Bürger_innen mit migrantischem Hintergrund« oder noch hipper als NdHs (steht hier nicht für Neue Deutsche Härte, sondern nichtdeutsche Herkunftssprache). Der Effekt bleibt derselbe, vergleichbar mit dem Stipp-Stopp-Essen, das zumindest in meiner Kindheit gerne auf deutschen Geburtstagen gespielt wurde: Wenn der/die Rassifizierte das Land betritt, wird »Stipp-Stopp!« gerufen und er oder sie und alle Nachkommen bis zur x-ten Generation wiederholen – zumindest in der Wahrnehmung der Biodeutschen – nun immer wieder diesen Moment des Gerade-Ankommens, während diejenigen, die schon rechtmäßig da sind (auch wenn sie vielleicht erst Jahrzehnte nach Ankunft der »Fremden« geboren wurden), sich überlegen, wann sie denn wohl wohl gefahrlos »weiter« rufen können, um so den NdHs Bewegungsfreiheit bzw. Deutschsein zuzugestehen (*spoiler*: es ist noch immer nicht so weit).

EINLADUNG AUF DEN POSTMIGRANTISCHEN KINDERGEURTSTAG

Anders als die kichernden Kindergeurtstagsgäste sind die so Klassifizierten aber nicht wirklich seit Jahrzehnten in einem Prozess der ewigen Wiederholung des Neuankommens verfangen, sondern schon lange dabei, ihr eigenes Deutschsein zu leben. Wie das aussieht, was es heißt, eine Position zu besetzen, die es laut dominanter Logik gar nicht geben kann, und wie Europäer_innen of Color kreativ und radikal mit diesem ihnen aufgezwungenen Paradox des eigenen Seins umgehen, hat mich in An-

ders *Europäisch* besonders interessiert. In *Undeutsch* schaue ich dagegen genauer auf diese »Stipp-Stopp«-Dynamik, die ja nicht nur Rassifizierte in einem ewigen Kreislauf ohne Ausweg gefangen hält, sondern mehr noch die Mehrheitsgesellschaft einem pathologischen Wiederholungszwang unterwirft: Immer wieder wird die erste Begegnung mit dem unvermittelt aufgetauchten Fremden ausagiert, immer wieder ein Kreislauf von Panik, Optimismus, Aggression und Ablehnung durchlaufen, in dem zunächst die Bereitschaft sich mit dem Fremden auseinanderzusetzen postuliert wird, wenn die Fremden sich denn einigen Mindestanforderungen (nämlich der Anpassung an deutsche Werte) unterwerfen. Kurze Zeit später folgt immer wieder die Enttäuschung darüber, dass diese bescheidenen Anforderungen nicht erfüllt werden, wobei es unklar bleibt, ob die Fremden nicht können oder nicht wollen. Klar ist jedoch, dass sie das von deutscher Seite offene Verhältnis durch ihre Verweigerungshaltung in ein antagonistisches verwandelt haben.

Dieser Wiederholungszwang verlangt entweder einen endlosen Zustrom an fremden Massen oder einige geistige Verrenkungen (die Zahlen – fünf Prozent der deutschen Bevölkerung ist muslimisch; was die Aufnahme von Geflüchteten relativ zur Einwohner_innenzahl betrifft, liegt Deutschland weltweit auf Platz 50 – sprechen für Letzteres). Kaum dass sich etwa die Panik um die türkische Minderheit gelegt hatte und eine zögerliche Debatte darum begann, ob diese Gruppe nun tatsächlich eine *deutsche* Minderheit sei, setzte die Panik um die Muslime ein – eine Gruppe, deren Fremdheit nun noch einmal völlig neu entdeckt werden konnte, auch wenn man sie als »Gastarbeiter« und dann als »Türken« eigentlich schon mehrmals voller Panik entdeckt hatte. Integrationsförderlich ist es nicht, wenn man gerade glaubte, sich entspannen zu können, das »Weiter« schon deutlich in der Luft lag und sogar das ewige »Wo kommst Du her?« eher neugierig als anklagend schien – nur um dann wieder zurück auf Los geschickt zu werden, um die Deutschlandkompatibilität einer anderen Facette des eigenen Andersseins beweisen zu müssen. Der Verdacht drängt sich auf, dass es weniger um ein Versagen der immer wieder Fremd-Gemachten geht als um die Weigerung der Mehrheitsgesellschaft, sich von dem weiß/christlichen Deutschenbild zu trennen, in das Menschen wie ich sich niemals werden assimilieren können, egal wie deutsch wir sind und egal wie »postmigrantisch« sich die Gesellschaft nun geriert – oder es zumindest tat, bis man allseits von der neuesten Fremdpanik ergriffen wurde, diesmal ausgelöst durch die sogenannte Flüchtlingswelle.

Das Thema Migration wurde in den letzten Monaten zweifellos überschattet von der »Flüchtlingskrise« (die ja nun unsere, deutsche Krise ist – für andere hat sie schon vor einiger Zeit begonnen, aber das interessierte nicht so sehr, solange sie sich hauptsächlich außerhalb europäischer Grenzen abspielte oder zumindest nicht nördlich von Lampedusa). Diese deutsche Flüchtlingskrise also scheint wiederum eine deutsche Identitätskrise auszulösen – pendelnd zwischen Gutmenschen-Willkommenskultur und offenen Grenzen auf der einen Seite, brennenden Flüchtlingsheimen und verschärften Asylgesetzen auf der anderen. Vielleicht am bemerkenswertesten an dieser Entwicklung war für mich allerdings nicht die Zerrissenheit der deutschen Seele, sondern die scheinbare Amnesie, mit der diese Krise und die Identitätsfragen, die sie hervorrief, so behandelt wurden, als wären sie ein völlig unerwartetes Phänomen, so als würden nicht schon seit einem Jahrzehnt jährlich tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken, so als hätte es Solingen, Mölln oder Rostock nie gegeben, noch herzerwärmende Lichterketten und *Mach' meinen Kumpel nicht an!*-Kampagnen. Ganz zu schweigen von den kritischen Interventionen rassifizierter und migrantisierter Gruppen und Individuen, die seit langem auf das Vorhandensein struktureller Probleme hinweisen, die durch steigende Zahlen von Flüchtenden vielleicht aktiviert, jedoch keineswegs ausgelöst wurden, da sie eben nicht von außen, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Probleme, die mehr als deutlich wurden in der ein Jahrzehnt währenden rassistischen Mordserie der NSU und ebenso im öffentlichen und offiziellen Umgang mit ihr, von »Dönermord«-Schlagzeilen zu staatlicher Aktenvernichtung.

Rassistische Gewalt wird dennoch noch immer nicht als strukturelles deutsches – und europäisches – Problem ernst genommen, nicht als Terror(ismus) begriffen, sondern als Exzess randständiger Extremisten und gestörter Einzelgänger (siehe etwa die Reaktionen auf den Anschlag auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker 2015) – im Gegensatz etwa zu der Attacke auf das französische Satiremagazin *Charlie Hebdo*, die nahtlos in den diskursiven Rahmen des »islamistischen Terrorismus« passte.¹

1 | Der Sozialwissenschaftler Robin Schroeder fasst die »Kernelemente wissenschaftlicher Terrorismusdefinitionen« folgendermaßen zusammen: »Erstens, wird die Tat planmäßig, also mit Vorsatz, verübt und verfolgt dabei ein politisches Ziel bzw. will einen politischen Wandel bewirken. Der Begriff ›politisch‹ schließt hier ideologisch und religiös mit ein [...] Zweitens, basiert die Auswahl der Zielperso-

Dieser Terrorismus wird sowohl als fundamentale Bedrohung Europas als auch als repräsentativ für den Islam an sich verstanden. Die »Je suis Charlie«-Kampagne nach dem Attentat war als Zeichen der Solidarität gemeint, aber auch als Symbol der kollektiven Gefährdung des weißen Europas durch muslimischen Terror. Umgekehrt fehlt jeder Ausdruck einer kollektiven europäischen Verantwortung für den rassistischen Terror gegen Migrant_innen und Europäer_innen of color – was eben nicht das Gleiche ist wie die kollektive Abgrenzung vom »fremdenfeindlichen« Pöbel, der mit Vorliebe im Osten und in der Unterschicht ausgemacht wird, also weit weg von den aufgeklärten Räumen des Feuilletons oder der Universität. Rassismus als strukturelles Problem, das sich nicht als individuelle Abweichung vom gemeinschaftlichen Konsens lokalisieren lässt, sondern die gesamte Gesellschaft durchzieht, so die Überzeugung, existiert vielleicht in den USA, aber sicher nicht in Deutschland.

POSTMIGRANTISCH UND POSTRASSISTISCH?

Genau in dieser Überzeugung liegt das Problem und tatsächlich einer der fundamentalsten Unterschiede zum Umgang mit Migration und Rassismus in den Vereinigten Staaten, einem Umgang, der in Europa oft als übertriebene Political Correctness wahrgenommen wird. Was sich tatsächlich

nen darauf, dass sie – oft auch im sehr weiten Sinne – zu einer Gruppe gehören, die etwas repräsentiert, was die Täter aus politischen Gründen ablehnen. Im Rahmen dieser Gruppe erfolgt die Auswahl der Opfer zumeist willkürlich [...] Weiterhin hat sich nach langer Diskussion heute die Meinung durchgesetzt, dass die Opfer eines terroristischen Anschlages Zivilisten bzw. »Nicht-Kombattanten« sein müssen. Drittens, ist Terrorismus vor allem ein Akt der Kommunikation. Die Willkür der Opferauswahl weist hierauf bereits hin, denn die direkten Opfer sind nicht das Primärziel eines terroristischen Anschlages. Vielmehr dient ihr Leid nur als Mittel zum Zweck, um eine größere Zielgruppe mit einer impliziten oder expliziten Nachricht zu erreichen. Die so erzielte politische Kommunikation ist gleichsam eine gewaltsame Einschüchterung der sozialen Gruppe, zu denen die Opfer des Anschlages zählen; eine mit einer Drohung verbundene Aufforderung an den Staat (oder mehrere Staaten) ein bestimmtes Verhalten zu ändern; sowie auch ein an Sympathisanten der eigenen Sache gerichteter Aufruf zur politischen Mobilisierung.« (Schroeder 2015, online)

hinter diesem anderen Umgang verbirgt, ist ein schwieriger und unabgeschlossener Prozess, der alle Bereiche der US-Gesellschaft berührt. Auch wenn sich die Postulierung der USA als »postracial« seit Barack Obamas Wahlsieg 2008 ungebrochener Popularität erfreut, befindet sich das Land tatsächlich noch immer und notwendigerweise im Stadium des »racial« – womit ich hier nicht in erster Linie die offensichtlich noch existierenden rassistischen Strukturen meine, sondern ihre Benennbarkeit, das heißt die anhaltenden öffentlichen Auseinandersetzungen darum, was »racial« am US-System ist. Wie unter anderem die *Black Lives Matter*-Bewegung betont, ist dieser Prozess noch lange nicht abgeschlossen.² Vielleicht ist er sogar noch immer bei den ersten Schritten, aber diese Schritte haben seit den 1960ern fundamentale gesellschaftliche Veränderungen produziert, Veränderungen, von denen Deutschland noch weit entfernt ist (und das nicht nur, weil die Bevölkerungsmehrheit keine Notwendigkeit hierzu sieht – das war und ist in den USA auch nicht anders).

Wenn wir »postmigrantisch« analog zu »postracial« als eine Zustandsbeschreibung betrachten, als die Postulierung einer Überwindung, des Fortschritts zur nächsten Stufe in einem beständigen Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung und Optimierung, dann lässt sich feststellen, dass Deutschland tatsächlich bestenfalls den ersten Schritt zur Auseinandersetzung mit dem Migrantischen getan hat, von »postmigrantisch« kann gar keine Rede sein. Sicher, seit fast 60 Jahren, also zwei Generationen, ist Migration ein fester Bestandteil der bundesdeutschen Gesellschaft, aber gerade die Begeisterung, mit der die sogenannte Flüchtlingskrise und der angeblich beispiellose Zustrom »Fremder« als neues Phänomen dargestellt wird, zeigt etwas anderes: Die Krise wird benutzt, um die zögerlichen Schritte zur Migrantisierung der Gesellschaft bzw. der gesellschaftlichen Debatten seit den 1980ern wieder ungetan zu machen. Auf einmal ist alles wieder ganz einfach: Hier die weißen deutschen Helfer_innen, die sich ihre Privilegien wohl verdient haben und nicht daran denken, sie aufzugeben, die aber voller Sympathie für die weniger Glücklichen sind – und dort eben jene braunen (aber nicht schwarzen) legitimen Opfer von legitimer Gewalt –

2 | *Black Lives Matter* ist eine antirassistische US-amerikanische Graswurzelbewegung, initiiert von drei schwarzen, queeren Aktivistinnen, um gegen die wiederholte Erschießung unbewaffneter schwarzer Jugendlicher durch die Polizei zu mobilisieren (vgl. <http://blacklivesmatter.com>).

das heißt vor allem von US-amerikanischer militärischer Aggression, nicht europäischer ökonomischer Ausbeutung (wie die mit weit weniger Sympathie als gemeinsamer Feind betrachteten »Wirtschaftsflüchtlinge«).

Ebenfalls präsent, aber momentan in den Hintergrund gedrängt (zumindest in der populären Imagination) ist der Gegenpart der guten Lichtgestalten, die bezeichnenderweise sogenannten »Dunkeldeutschen« – deren erwiesenes Gewaltpotenzial dennoch nicht als fundamentale Bedrohung wahrgenommen wird, zumindest nicht als eine, die nicht durch Willkommensgeschenke an Flüchtlinge neutralisiert werden kann. Und das funktioniert so gut, weil die anderen dunklen Deutschen inzwischen wieder ganz aus der Imagination gefallen sind: Rassifizierte und migrantisierte Deutsche sind in den Debatten fast gänzlich unsichtbar.³ Wenn sie eine Fluchtgeschichte im direkten Familienhintergrund haben, dürfen sie manchmal erzählen, wie das für sie war mit der Integration, aber ansonsten wird deutsch wieder weiß und christlich (sozialisiert) gedacht. Was immer sich da verschoben und verkompliziert hatte über die letzten Jahre, ist im Zuge dieser Krise wieder in die altgewohnten Kategorien eingeordnet worden.

3 | So ist es symptomatisch, dass sich Daniel Bax, weißer deutscher Migrationsexperte der *taz* und zweifellos auf der Seite der Marginalisierten, in einem Artikel zu »Migranten und Mauerfall« beim Gründungsjahr der *Initiative Schwarze in Deutschland (ISD)* um gut zehn Jahre verschätzt, es ging eh nur um eine kurze Referenz auf »die zornigen Nachkommen der Migranten«, nicht um einen Dialog mit ihnen. Problematisch ist dieser Missgriff, weil er einmal mehr die unter weißen Linken vorherrschende Überzeugung bestätigt, dass die Auseinandersetzung mit deutschem Rassismus ein neues Phänomen sei, das zudem hauptsächlich über universitäre Auseinandersetzungen mit US-amerikanischen Diskursen in die politische Debatte überschwappte. Die Gründungsgeschichte von *ISD* und der *Schwarzen Frauenorganisation ADEFRA* in den 1980ern zeigt eine gänzlich andere Genealogie des Antirassismus in Deutschland, die kaum Beachtung findet, eben weil sie außerhalb des weißen universitären Kontexts entstand (vgl. Bax 2014 und Jacobs 2012).

»FREMDENFENDLICHKEIT« UND RASSISMUSAMNESIE

Die Not der Geflüchteten hat etwas erschreckend Stabilisierendes für die deutsche Identität. Die Welle rassistischer Gewalt um die sogenannte »Asylkrise« in den 1990ern, der politische Ruck nach rechts, um den »Sorgen der Bürger« entgegenzukommen, die Verschärfung eines vormals relativ großzügigen Asylrechts, das zum ersten Mal auf die Probe gestellt worden war – all das scheint ebenso vergessen wie die Diskussionen um die Notwendigkeit, Rassismus als solchen zu benennen. Stattdessen geht es wieder wie gehabt um »Fremdenfeindlichkeit« – und um den zunehmenden Konflikt zwischen guten Deutschen, die Flüchtlinge unterstützen und dafür von fremdenfeindlichen Dunkeldeutschen bedroht werden. Gleichzeitig herrscht ein merkwürdiges Desinteresse daran, wie sich dieser Konflikt auf Nicht-Mehrheitsdeutsche auswirkt. Der Grund scheint ziemlich klar: Es wurde mal wieder vergessen, dass diese Gruppe existiert, dass ein Alltagsrassismus existiert, der nicht erst mit der Ankunft der Geflüchteten aktiviert wurde (und der weiter existieren würde, könnte kein einziger Flüchtender Deutschland erreichen). Rassismus trifft und traf auch rassifizierte Deutsche – eben weil er mitten in der deutschen Gesellschaft zuhause ist und nicht von »Fremden« in sie hineingetragen wurde – Rassismus braucht keine Fremden, um zu existieren, er produziert sie.

Die zunehmend breiten Rassismuskussionen seit den 1980ern beinhalteten Kritik auch an mehrheitsdeutschen Linken, Feministinnen und Queers. Diese progressiven Gruppen reagierten verunsichert bis aggressiv auf den Verlust der absoluten Diskurshoheit – die Debatte um Rassismus in Kinderbüchern 2013 zeigte deutlich, wie schwer vorstellbar es noch immer für weiße Deutsche ist, dass ihre Positionalität nicht neutral und objektiv ist, sondern subjektiv und limitiert, dass rassifizierte Deutsche aufgrund ihrer Positionierung andere Erfahrungen machen, die weder ignoriert noch unter die dominante weiße Sichtweise subsumiert werden können. Die Sympathiekundgebungen für Flüchtende haben dagegen einen einfacheren, aufbauenderen Kontext: Flüchtende sind bedürftig, brauchen Hilfe, die großzügig von Mehrheitsdeutschen geleistet wird (und die als Gegenleistung verständlicherweise Dankbarkeit erwarten) – es ist klar, wer zuhause, wer »Gast« ist, es gibt notwendigerweise keine Gleichwertigkeit. Die gefährdete diskursive und territoriale Hoheit wird in der Flüchtlingsdebatte wiederhergestellt (zunächst durch die

Trennung zwischen »echten« Kriegs- und »falschen« Wirtschaftsflüchtlingen). Die dankbaren und vor allem rechtlosen, unbestreitbar fremden, nichtdeutschen Flüchtlinge sind ein angenehmeres Gegenüber als schwierige, aggressive, anspruchsvolle, ewig beleidigte Migrantisierte. So ist schon abzusehen, dass die Willkommenskultur sich für diese neueste Iteration des Fremden bald erledigt haben wird – wie gehabt wird ihr eine Assimilation abverlangt werden, die unmöglich bleibt, weil gleichzeitig von ihr erwartet wird, dass sie den Part des Fremden weiterspielt – nichts ist für die Mehrheit irritierender an Migrantisierten als das Deutschsein, das sie verkörpern – daran ändert auch die Willkommenskultur nichts, ganz im Gegenteil: Was sich hinter ihr verbirgt, die zwanghafte ewige Wiederholung der ersten Begegnung mit dem Fremden, ist ein Prozess, den ich als »Rassismusamnesie« bezeichnet habe, die anhaltende Dialektik von rassistischer moralischer Panik und der Verdrängung der historischen Präsenz rassifizierter Bevölkerungen (vgl. El-Tayeb 2015).

In diesem aktiven Prozess des Vergessens werden Ereignisse und Bewegungen bedeutungslos gemacht, indem sie als vereinzelte Phänomene klassifiziert werden – ohne Kontext, ohne Ursache und Wirkung, kurz: ohne Bezug und damit ohne Ort im kollektiven Gedächtnis. So können sich regelmäßig wiederholende Zyklen von verbalen und physischen rassistischen Gewaltausbrüchen ebenso ignoriert werden wie die Widerstandsbewegungen derjenigen, gegen die sich diese Ausbrüche richten (von *ISD* und *ADEFRA* zur seit 20 Jahren aktiven Geflüchteteninitiative *The Voice*), indem sie nie zusammen gedacht werden. Die Erklärung von Rassismus als Reaktion auf das plötzliche Auftauchen des Fremden verlangt, dass jede Anerkennung einer nichtweißen Präsenz immer scheinbar zum allerersten Mal geschieht. Das kennzeichnet sie als Ausnahmezustand, entleert sie aber zugleich jeder bleibenden Konsequenz: Aufstände in den französischen Vorstädten entzündeten Debatten über das Ende Europas, aber keine Strategieänderungen, stattdessen wird dem nächsten »Ausnahmezustand« erneut mit äußerster Überraschung begegnet – wie gegenwärtig dem angeblichen »Flüchtlingsstrom« und vorher der multikulturellen Gesellschaft. Die lange zurückreichende, aber unterdrückte Geschichte von Rasse und Rassismus in Europa lässt den gegenwärtigen kontinentalen »Multikulturalismus«, festgemacht an Markern des Nicht-Europäischseins, wie Kopftuch oder dunkle Haut, wieder einmal als etwas nie Dagewesenes erscheinen; eine überraschende und dramatische Entwicklung, die im besten Fall gesellschaftliche An-

passung, im schlimmsten Ablehnung hervorruft und die vor allem bei Bedarf als »gescheitert« erklärt werden kann (Multikulturalismus ist also nicht die Beschreibung eines Zustands, der durch die Erklärung seines Scheiterns nicht einfach ungeschehen gemacht werden kann, sondern eine diskursive Strategie, die diesen Zustand verwaltet und kontrolliert). Die Ursachen dieses Scheiterns liegen natürlich bei den permanent fremden Vertreter_innen der Minderheiten im Multikulti-Mix, da die Kultur der Mehrheit weitgehend unhinterfragt bleibt.

NEOLIBERALER MULTIKULTURALISMUS UND KOLONIALE ALTLASTEN

Das bringt mich wieder zurück zum »postracial« und zu den Aspekten, die eben nicht analog zu »postmigrantisch« sind. Vielmehr ist das Postmigrantische eine spezifische Wirkung des Postracial. Im US-Gebrauch impliziert postracial, dass Rassismus zwar nicht gänzlich überwunden, aber nicht mehr systemisch ist, dass die institutionelle Diskriminierung rassifizierter Gruppen in der Vergangenheit liegt und ein »farbenblinder« Ansatz den Weg in eine gleichberechtigte Zukunft weist. Das bedeutet nicht nur eine Abgrenzung gegenüber dem explizit rassistischen System, das bis zu den Civil Rights Acts Gesetz war, sondern auch gegenüber der konzertierten Infragestellung der weißen Vorherrschaft durch die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung, und in der Folge Black und Brown Power Movements, inspiriert sowohl von ihr als auch von antikolonialen Befreiungsbewegungen gegen die rassistische Herrschaft Europas über kolonialisierte Völker. Eine Herrschaft, die formal in ein globales Ausbeutungssystem eingebunden war, das einseitig den Völkern des Westens zugutekam. Diese Phase des – nötigen – Widerstands gilt nun als erfolgreich abgeschlossen, ein Festhalten an ihr als kontraproduktiv oder gar als »umgekehrter Rassismus«, da wir uns inzwischen im Stadium des farbenblinden liberalen Multikulturalismus befinden. So zumindest das amerikanische postracial-Narrativ.

In Europa dagegen wird zumeist angenommen, dass hier eine derartige Nachkriegstransformation nicht stattfand, da keine entsprechende Notwendigkeit bestand – weil es kein rassistisches innereuropäisches Herrschaftssystem gab, das ersetzt werden musste. Diese Annahme schließt wiederum notwendigerweise die Überzeugung ein, dass der Ko-

lonialismus langfristige und fundamentale Auswirkungen nur auf die Kolonisierten hatte, nicht auf die Kolonisierer (zumindest keine Auswirkungen, die es zu problematisieren gilt), und dass der nationalsozialistische Rassenstaat eine atypische Ausnahme, kein Ausdruck europäischer Tiefenstrukturen war (reflektiert in der wieder zunehmenden Popularität der vor der Wiedervereinigung aus der Mode gekommenen Totalitarismustheorien). So wurde die umfassende Analyse des globalen Systems, das von Cedric Robinson und anderen als »racial capitalism« benannt wurde, vornehmlich von Postcolonial und Critical Race Studies geleistet, einschließlich Women of Color Feminismus – was Sinn macht, da Frauen of color sowohl in den USA als auch global überproportional mit prekären Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert sind.

Women of Color Feminismus liest den Aufstieg der USA zur Weltmacht unter dem Vorzeichen des neoliberalen Multikulturalismus daher als Teil, nicht als Überwindung, dieser Herrschaftsform des rassifizierten Kapitalismus. Neoliberaler Multikulturalismus verspricht den bedingten Einschluss vormals ausgeschlossener Gruppen – sofern sie sich als einchlussfähig erweisen. So wird nicht nur die Disziplinierung marginalisierter Communitys auf diese selbst abgewälzt – die Beweislast, dass sie nicht pathologisch oder bedrohlich sind, liegt bei ihnen –, sie werden auch effektiv gegeneinander ausgespielt, während die Mehrheitsgesellschaft die Rolle des Vermittlers und Wahrers von Grundrechten einnimmt, aber gleichzeitig weiter normbestimmend bleibt. Der Erfolg dieser Strategie zeigte sich ebenso in der Mobilisierung feministischer Argumente für den Einmarsch in Afghanistan wie in der Pathologisierung muslimischer Communitys in Deutschland als kollektiv homophob, frauenverachtend und antisemitisch. Diese Eigenschaften als repräsentativ zu setzen, bedeutet wiederum, dass trotz Aufforderungen an »moderate Muslime«, sich von den Extremisten zu distanzieren, Ausnahmen immer die Regel bestätigen. Tatsächlich überschneiden sich seit den frühen 1990ern die zwei Aspekte westlicher Herrschaft, US-amerikanische Militärgewalt und europäisches Menschenrechtsmanagement, zunehmend. Zugrunde liegt der feste Glaube an die Überlegenheit »westlicher Werte«, die angeblich denen des Fremden/Feindes diametral entgegengesetzt sind. Dieser Feind der freiheitlichen Ordnung, für die nun der Neoliberalismus steht, wird nicht mehr im sozialistischen Osten verortet, sondern wieder im Globalen Süden und Letzterer wird traditionell als demokratiefren, wenn nicht gar demokratiefeindlich rezipiert. Gleiches gilt für die Wahr-

nehmung derjenigen Bürger_innen, deren »migrantischer Hintergrund« im Süden, insbesondere in der islamischen Welt, liegt. Für die Krise des (neo-)liberalen Multikulturalismus werden so global wie national Bevölkerungsgruppen verantwortlich gemacht, deren Position schon durch ökonomische und politische Marginalisierung geschwächt ist. Eine Auseinandersetzung mit den anhaltenden Auswirkungen (neo-)kolonialer europäischer Herrschaft findet dagegen nicht statt.

GRENZEN HEGEMONIALER SELBSTKRITIK

Zur Analyse des Systems des rassifizierten Kapitalismus, in das Europa zentral eingebunden ist, trugen kontinentaleuropäische Intellektuelle nicht nur wenig bei, sie sperrten sich überwiegend aktiv gegen eine Öffnung europäischer Theorie für die extrem wichtigen Einflüsse von postkolonialer und Critical-Race-Theorie. Auch die kontinentale Linke hat es versäumt, diese Strukturen effektiv in Frage zu stellen – oder sie auch nur systematisch zu analysieren. Sie bleibt verhaftet in ihnen, von einem universalistischen Aufklärungshumanismus, der den weißen europäischen Mann als den paradigmatischen Menschen setzte, bis hin zu einer kontinentalen marxistischen Theorie, die »Rasse« als fundamentale Herrschaftskategorie noch immer ignoriert, sie stattdessen als partikularistische Ablenkung von der universal relevanten Kategorie der Klasse einschätzt – ironischerweise, da Klasse in Europa eine extrem rassifizierte Kategorie ist. Aber bei Rassismus geht es eben angeblich immer um etwas anderes: Angst vor der Zukunft, wirtschaftliche Unsicherheit, sozialistische Altlast; sodass eine tatsächliche Rassismusanalyse ewig auf später verschoben werden kann. Als Konsequenz ist die mehrheitseuropäische Debatte zunehmend isolationistisch, im eigenen Saft kochend, immer weniger fähig an einem transnationalen Dialog teilzunehmen, in dem Europa nicht mehr automatisch Dominanz zugestanden wird.

Die US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegungen erzwangen eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlichem Rassismus, die unter anderem zu der Etablierung von Black und Ethnic Studies führte, noch immer umstrittenen akademischen Disziplinen, die dennoch, ebenso wie Women's und Queer Studies, den unumkehrbaren Einzug derjenigen manifestierten, die zuvor in Theorie und Praxis aus der Universität und anderen Entscheidungs- und Meinungszentren ausgeschlossen worden waren.

In Europa, Deutschland eingeschlossen, hat eine derartige Öffnung nach Holocaust und Kolonialismus nicht stattgefunden, stattdessen übte man sich in hegemonialer Selbstkritik – ausgehend von der Annahme, dass die europäische intellektuelle Tradition genug Handhabe biete, das System von innen heraus zu korrigieren, wenn nötig. Problematisch hierbei ist unter anderem, dass bestehende Definitionen von Europas »Außen« und »Innen« weitgehend unhinterfragt übernommen wurden, sodass etwa Kritik von rassifizierten Europäer_innen als von außen kommend wahrgenommen wird, eben weil ihnen kein Platz innerhalb dieser Tradition zugestanden wird.

Anstatt zu einem pluralistischen Modell zu gelangen, reproduzierten Deutschland und Europa so erneut, was Stuart Hall 1991, am Vorabend des Vertrags von Maastricht (und der 500-Jahr-Feier zur »Entdeckung« Amerikas), das »internalistische Narrativ« des Kontinents nannte: eine narzisstische Geschichtsauffassung, in der komplexe historische Interaktionen einem insularen Modell untergeordnet werden, in dem ein essentialistisch definiertes, weißes, christliches Europa immer und zwangsläufig die Norm bleibt – und Kritik üben dürfen wiederum nur die, die zumindest annähernd der Norm entsprechen – was bequemerweise noch immer die überwältigende Mehrheit postkolonialer, dekolonialer und intersektionaler Ansätze ausschließt. Deren Analyse des *racial capitalism* hat schon längst Rassismus als globales – und damit auch deutsches – Herrschaftsprinzip dekonstruiert. Das Resultat dieses Isolationismus ist die Weißwaschung von Theorie – zum Teil getragen von der Behauptung, dass die Gemengelage von Rassifizierung und Migrantisierung hierzulande zu komplex sei, um sie mit aus den USA importierten Konzepten zu analysieren – als ob die Lage dort weniger kompliziert ist. Women of Color Feminismus arbeitet schon seit Jahrzehnten mit statt gegen Differenz als eine Kategorie, mit der diese Komplexitäten und Widersprüche gefasst, aber nicht aufgelöst werden können.⁴ Dies ist ein Ansatz, der etwa in der Debatte um die Kölner Silvesternacht bitter nötig gewesen wäre.

4 | Bezeichnenderweise wird der intersektionale Ansatz in Deutschland weitgehend mit Critical Whiteness Studies (CWS) assoziiert, obwohl seine wichtigsten US-amerikanischen Vertreter_innen ausnahmslos in Women of Color Feminismus und Critical Race Theory verortet sind, während CWS von weißen Wissenschaftler_innen dominiert wird. Zu dieser Debatte in der antirassistischen Linken vgl. etwa den von einigen Mitgliedern des Netzwerks kritische Migrations- und Grenz-

WEISSE WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFTLICHER RASSISMUS

Der Ausschluss derjenigen Theorien, die keine hegemoniale, sondern eine subalterne und subversive Herrschaftskritik vermitteln, führt logischerweise zum Ausschluss rassifizierter Wissenschaftler_innen, auch wenn das nicht explizit intendiert ist. Zur Illustration hier kurz ein Beispiel von sehr vielen: Letztes Jahr erhielt ich eine Einladung als Referentin für eine Konferenz zur Geschichte des Rassebegriffs in Deutschland. Die Veranstaltung schien außerordentlich zeitgemäß, hat die Forschung zu diesem Thema doch in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen, auch wenn sie akademisch noch immer marginal bleibt. Zudem hatten die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds und die zu diesem Zeitpunkt ihren Zenit erreichende Popularität der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes mehr als deutlich gemacht, dass das erklärte Ziel der Veranstaltung – eine interdisziplinäre Expert_innendebatte zur zeitgenössischen Wirkung von Rassismus in Deutschland – von zentraler gesellschaftspolitischer Bedeutung war. Mein Enthusiasmus ließ allerdings schlagartig nach, als ich die Liste der eingeladenen Wissenschaftler_innen sah – die so aussah wie fast jede Redner_innenliste deutscher akademischer Veranstaltungen. Dass es sich bei den Eingeladenen fast ausschließlich um weiße Männer handelte, schien in diesem Fall jedoch besonders kontraproduktiv zum Ziel der Konferenz, was mich zu folgender Reaktion veranlasste:

regimeforschung veröffentlichten Text »Decolorise it!« (https://www.akweb.de/ak_s/ak575/23.htm), der die Auseinandersetzung mit rassifizierter Differenz als spalterische Identitätspolitik ablehnt. Siehe auch die Kritik an diesem Text vor allem von PoC-Aktivist_innen, die in der Benennung unterschiedlicher Positionen die Voraussetzung für erfolgreiche Bündnispolitik sehen (www.akweb.de/ak_s/ak584/51_web.htm; <https://stoptalk.wordpress.com/2012/10/11/decolorize-the-color-line/>). Diese intensive Debatte um die Implikationen von Markern wie »schwarz«, aber vor allem »weiß«, scheint mir die verschiedenen Positionen gut zusammenzufassen (und macht, zumindest aus meiner Perspektive, deutlich, warum der »farbenblinde« Ansatz verlässlich bestehende Herrschaftsstrukturen reproduziert).

»Liebe/r xxx,

nochmals vielen Dank für die Einladung zur xxx Konferenz in xxx. [...] Die Konzeption der Tagung, wie sie in [der] Einladung formuliert wurde, fand ich sehr spannend und überzeugend [...] Ich muss zugeben, dass ich daher geschockt war, als ich das Programm erhielt. Lassen Sie mich zunächst klar sagen, dass ich die Kompetenz der Tagungsteilnehmer_innen nicht im geringsten in Frage stelle, noch maße ich mir an, Ihnen vorzuschreiben, wie Sie Ihre Veranstaltung zu planen haben. Ich muss aber ebenso klar anmerken, dass eine produktive Veranstaltung zu Rasse und Rassismus nicht mit einer nahezu ausschließlich weißen Besetzung stattfinden kann. Es geht mir also weniger darum, wer vertreten ist, als wer nicht vertreten ist, nämlich die zahlreichen Forscher_innen und Aktivist_innen aus rassifizierten Gruppen, die wichtige Arbeiten zu diesem Thema leisten, innerhalb und außerhalb der Universitäten. Um hier nur kurz einige zu nennen: Peggy Piesche, Kien Nghi Ha, Maisha Eggers, Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Nicola Lauré al-Samarai, Petra Rosenberg, Yara-Colette Lemke Muniz de Faria, Patrice Poutrus, Noa Ha, Nadja Ofuately-Alazard ... die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Methodisch, pädagogisch und politisch ist ein »farbenblinder« Ansatz, der die durch rassistische Strukturen produzierten Ausschlüsse und Hierarchien ignoriert, dazu verdammt, sie zu reproduzieren. Unter anderem dadurch, dass Rassifizierte Objekte der Debatte bleiben, statt teilhabende Subjekte zu sein – während weiße Wissenschaftler_innen unmarkiert und »neutral« bleiben können. Dies geschieht auch und gerade dann, wenn es nicht weiße, sondern überwiegend markierte, rassifizierte Akademiker_innen und Aktivist_innen waren, die durch ihre langjährige Arbeit die Mehrheitsgesellschaft zur Auseinandersetzung mit diesem Thema gezwungen haben. Intersektionalität, ein theoretisches Konzept, das nicht zufällig von schwarzen feministischen Autorinnen entwickelt wurde, untersucht genau die weißen Flecken, die entstehen, wenn Theorie entpositionalisiert wird und eine Universalisierung der dominanten Position stattfindet, das heißt meist die Verallgemeinerung weißer, männlicher Erfahrung. In Rassismusk Diskussionen sollte dieser Prozess kritisch hinterfragt, nicht repliziert werden. Eine produktive Debatte muss mehr als die dominante Position und Gruppe repräsentieren, was eine kritische Masse an »Anderen« voraussetzt. Dies umso mehr, da der Ausschluss von rassifizierten Wissenschaftler_innen aus der Debatte um Rasse, Rassismus, Kolonialismus etc. alles andere als ein Einzelfall ist und deswegen meiner Meinung nach als systemisch und systematisch begriffen und adressiert werden muss (was ja auch, von Seiten der Ausgeschlossenen, schon seit einiger Zeit passiert, leider bisher mit wenig Breitenwirkung. Siehe etwa <https://blackstudiesgermany.files>.

wordpress.com/2015/02/communitystatement_blackstudiesbremen_dt_un-
terz815.pdf).

Mein Interesse ist es hier nicht, zu belehren oder zu kritisieren, ich bin eben gerade nicht daran interessiert, eine solche Rolle auf der Konferenz einzunehmen, vielmehr hatte ich mir eine produktive Diskussion erhofft. Aufgrund meiner Erfahrung mit Veranstaltungen zu diesem Thema, in dieser Besetzung, scheint mir dies aber leider nicht möglich (aus meiner Perspektive als rassifizierte Wissenschaftlerin, eine Perspektive, die in diesem Kontext zentral sein sollte). Ich finde das außerordentlich schade, zumal ich, wie gesagt, die geplante Ausstellung potenziell sehr wichtig finde. Wenn aber schon im Vorbereitungsprozess rassifizierte Gruppen marginalisiert werden, kann ich mir kaum vorstellen, wie es möglich gemacht werden kann, die Positionalität dieser Gruppen in der Ausstellung selbst zu repräsentieren und sie so auch für ein nicht weißes/christliches Publikum relevant zu machen. Aus diesem Grunde muss ich meine Teilnahme leider absagen.«

Ich erhielt eine durchaus verständnisvolle Antwort, in der mir erklärt wurde, es gehe bei der Konferenz um die wissenschaftliche, nicht die politische Aufarbeitung des Rasse-Begriffs, sonst hätte man natürlich auch Interessenvertreter_innen betroffener Gruppen eingeladen.⁵ Die implizite Annahme, dass rassifizierte Menschen nie Analyse, sondern nur »Betroffenheit« produzieren können, ist hier sogar noch weniger problematisch als die dazugehörige Überzeugung, dass weiße, heteronormative Wissenschaft nicht politisch und subjektiv sei. Nochmals, diese Konferenz wurde nicht von besonders ignoranten weißen Menschen organisiert, Ansatz und Begründung des Ausschlusses rassifizierter Wissenschaftler_innen – denn es handelt sich hier um einen aktiven Prozess des Ausschlusses, nicht um ein passives Ignorieren – sind vielmehr symptomatisch für den wissenschaftlichen Umgang mit (der Geschichte von) Rasse und Rassismus in Deutschland: Was vor allem fehlt, ist eine Wissenschaftskritik, die Forschung nicht als ausschließlich neutral beschreibend, sondern auch diskursbestimmend begreift – wenn es um die Positionalität weißer rassifizierter Wissenschaftler_innen geht, fehlt diese Fähigkeit zur Selbstkritik gänzlich, sogar wenn »Rasse« das explizite Thema ist.

5 | Die Liste der Eingeladenen wurde nicht ergänzt, noch eine angekündigte öffentliche Debatte um die von mir vorgebrachte Kritik in die Tat umgesetzt.

DEUTSCHLAND POSTMIGRANTISCH?

So setzt sich das unproduktive Selbstgespräch fort, in das gelegentlich Menschen of color eingeladen werden, ohne dass sich jemals ein wirklicher Dialog entwickeln kann, da die gemeinsame Wissensbasis fehlt.⁶ Die grundlegenden Texte der zeitgenössischen Rassismusforschung, von Sylvia Winter, Grace Hong, Lisa Lowe, Rod Ferguson und unzähligen anderen bis zurück zu W. E. B. DuBois, Eric Williams, Cedric Robinson und Aimé Césaire, sind zum allergrößten Teil nicht ins Deutsche übersetzt. Sie müssen Teil politischer und akademischer Debatten werden, soll »postmigrantisch« nicht ebenso herrschaftsstabilisierend funktionieren, wie *postracial* es schon tut. Stattdessen wird aber die Arbeit rassifizierter Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen, innerhalb und außerhalb Deutschlands, oft noch als Rohmaterial behandelt, das von Mehrheitsdeutschen dann in eine akzeptable Form gebracht wird. Die zögerliche, verspätete und unfreiwillige Auseinandersetzung mit Rassismus(-forschung), die sich gegenwärtig zeigt, erscheint so als selbstgewählt und originell, während ihre eigentlichen Initiator_innen ausgeschlossen bleiben: Die Hegemonie der internalistischen Geschichte verlangt notwendigerweise die Unterdrückung alternativer Weltansichten, stellen Letztere doch die mühsam normalisierten Grenzziehungen zwischen Innen und Außen wieder in Frage. Dies wiederum bedeutet, dass rassifizierte Gruppen permanent eben dieses Außen repräsentieren müssen. Allen scheinbaren – und realen – Fortschritten zum Trotz: Die fortwährende Unfähigkeit oder vielmehr Unwilligkeit, dem eklatanten Weißsein ins Auge zu sehen, das Deutschlands Selbstbild zugrunde liegt, hat drastische Konsequenzen für Migrant_innen und migrantisierte Gemeinschaften, die routinemäßig ignoriert, marginalisiert und als Bedrohung für eben die Nation definiert werden, deren Teil sie sind. Ein nicht nur rhetorisch postmigrantischer Zustand wäre für mich einer, der diesen Kreislauf durchbricht, eben indem er sich von der Abhängigkeit vom Migrantischen als

6 | Vergleichbar dem, was die US-amerikanische Autorin Katha Pollit vor einigen Jahrzehnten als das »Schlumpfine-Prinzip« identifizierte: die (noch immer weitgehend beachtete) Regel, dass in Filmen und Fernsehserien einer Gruppe von männlichen Protagonisten genau eine Frau zur Seite gestellt wird (die somit nur mit Männern, nicht mit anderen Frauen, interagiert) (vgl. Pollit 1991, online. Vgl. auch Feminist Frequency 2011, online).

Repräsentation des Anderen befreit. Ein solch drastischer Wandel, so nötig er ist, wird aber nur möglich, wenn die bestehende deutsche Identität konsequent hinterfragt wird.

Im Folgenden versuche ich eine derartige Hinterfragung der Identität, die sich im vereinigten Deutschland herausbildete, beginnend mit den Jahren unmittelbar vor dem Fall der Mauer und endend im gegenwärtigen Moment der – potenziell – postmigrantischen Gesellschaft. Die in vier Jahrzehnten hergestellte deutsche Nachkriegsnormalität geriet mit dem Fall der Sowjetunion und der deutschen Wiedervereinigung momentan ins Wanken und musste unter veränderten globalen Vorzeichen wiederhergestellt werden. In dieser Übergangsphase wurde das Gerüst, auf dem dieses Konstrukt ruht, vorübergehend sichtbar, bevor es von einem neuen raumzeitlichen Modell europäischer Überlegenheit überlagert wurde. Hier setze ich an, indem ich nachzeichne, wie das vormalig gesplattene Europa vom antagonistischen Ost-West-Gegensatz zu einem Modell einheitlicher kontinentaler Identität und kollektiver Erinnerung gelangte. Mein Fokus ist hierbei Deutschlands Rolle, sowohl intern im Prozess der nationalen Wiedervereinigung als auch im europäischen Vereinigungsprozess. Dabei gehe ich davon aus, dass es nötig ist, sich zunächst mit einigen anderen »post«-Zuständen der deutschen Nation auseinanderzusetzen – insbesondere mit Deutschland als postfaschistischer, postsozialistischer und postkolonialer Gesellschaft. Dabei ist die Frage nicht nur, ob die im »post« implizierte Überwindung eines vormaligen Zustands tatsächlich gegeben ist, sondern auch als wie zentral diese verschiedenen Zustände für die nationale Identität begriffen werden. Grob lässt sich behaupten, dass Faschismus als gesamtdeutsches Thema betrachtet wird, wobei sich der Westen als stabil postfaschistisch begreift, während der Osten des Landes (vor allem in den Augen des Westens) die intensive Auseinandersetzung mit dem faschistischen Erbe und damit seine Überwindung noch nicht vollständig geleistet hat – unter anderem, weil er simultan damit beschäftigt ist, das Erbe des Sozialismus aufzuarbeiten (auch hier nur mit begrenztem Erfolg). Obwohl die Vor-1989-Bundesrepublik nur in Beziehung zur Existenz der staatssozialistischen DDR verstanden werden kann, ist dieser Zustand des Postsozialismus einer, der selten zur Beschreibung des Westteils der vereinten Nation herangezogen wird. Kolonialismus und seine Nachwirkungen auch auf Deutschland schließlich spielen im kollektiven Bewusstsein kaum eine Rolle. Obschon sie Jahrhunderte währte und bis in die jüngste Geschichte anhielt, bleibt Europas

koloniale Vergangenheit extrem marginal im kontinentalen Erinnerungsdiskurs (und damit auch im globalen) und kann so nicht in der Suche nach Lösungen gegenwärtiger Probleme mobilisiert werden.⁷

In drei Abschnitten zeichne ich nach, wie diese drei »post«-Stränge die Auseinandersetzung um Erinnerung und Zukunft im öffentlichen Raum bestimmen. In der Reproduktion und Adaption von Herrschaftsgeschichte bleibt der öffentliche Raum eines der wichtigsten Felder der Auseinandersetzung um Erinnerung. Hier wird das dominante Narrativ in popularisierter Form verbreitet, oft scheinbar undifferenzierter und weniger seriös als im sogenannten Expert_innendiskurs, aber von ihm nicht grundsätzlich verschieden. Der öffentliche Raum, sowohl in seiner materiellen als auch virtuellen Form, bietet andererseits aufgrund seiner zumindest punktuellen Offenheit die Möglichkeit zur Intervention marginalisierter Gruppen. Dies zeigt sich sowohl im diskursiven Umgang mit Erinnerung als auch in den physischen Manifestationen dieser Diskurse in Form von Museen, Mahnmalen oder Gedenkstätten. Institutionalisierte Erinnerung im öffentlichen Raum macht sichtbar, welche Geschichte Teil des Mehrheitsdiskurses geworden ist und welche Perspektiven noch immer ausgeschlossen bleiben. Alternative Erinnerungsräume sind dagegen oft temporär und flüchtig statt institutionalisiert und manifestieren sich in der temporalen Störung dominanter Diskurse, deren Reproduktionen einer bestimmten Version der Vergangenheit zumeist im Interesse einer Mobilisierung bestimmter Diskurse in der Gegenwart stehen. Ich illustriere das anhand einer Reihe konkreter Beispiele: vom letztlich erfolglosen Versuch von Rom_nja-Aktiv_istinnen, 1989 durch die Besetzung des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme das deutsche postfaschistische Gewissen zu mobilisieren und so ihre Abschiebung ins kurz vor dem Bürgerkrieg stehende Jugoslawien zu verhindern, bis zur Umgestaltung der Mitte Berlins von einem postsozialistischen zu einem postkolonialen und zugleich zukunftsorientierten Raum durch Humboldt-Forum und Museumsinsel. Dies sind Eckpunkte des im vereinten Deutschland schnell an Zentralität gewinnenden Diskurses um

7 | Wie Andreas Huyssen gezeigt hat, ist seit den 1980ern eine Explosion (globaler) Erinnerungsdiskurse zu beobachten. Paradoxerweise führte diese jedoch nicht zu einer größeren Pluralität des und der Erinnerungten, sondern zu einer Globalisierung bestimmter Themen, die sich unweigerlich aus westlichen Vergangenheitsnarrativen speisten (vgl. Huyssen 2000).

eine deutsche Normalisierung, die auch das Ende des »Schuldgefühls« für nationalsozialistische Gewaltherrschaft und Völkermord beinhaltet. Die Hinwendung zu einer von der Vergangenheit unbelasteten Zukunft resultierte in einer Projektion dieser Vergangenheit auf marginalisierte Gruppen, von der rassistischen Ausgrenzung geflüchteter Rom_nja zu Debatten um Islamofaschismus und Deutschenfeindlichkeit, in der Mehrheitsdeutsche zu Opfern eines neuen Faschismus stilisiert werden und in dem Islamfeindschaft zur antifaschistischen Haltung wird.

Wie sehr Begriffsfragen – wer darf was und wen mit dem nationalsozialistischen Regime vergleichen? Wer entscheidet, wie marginalisierte Gruppen benannt werden? Bereichert oder zensiert sogenannte Political Correctness den gesellschaftlichen Dialog? – Herrschaftsfragen sind, zeigt sich auch in anderen Versuchen, vernachlässigte Themen und Gruppen in die deutsche Geschichte einzubeziehen; etwa in den sehr verschiedenen und aus verschiedenen Gründen kontroversen Ausstellungen »Kennzeichen Neger« und »Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«. Hier überschneiden sich nicht nur Diskurse, sondern auch Gruppen, die die Entscheidungshoheit über die eigene Geschichte beanspruchten, wobei wiederholt deutlich wurde, dass die eigene Geschichte immer auch die der Anderen (oder Anders Gemachten) ist. Eine »Integration« in bestehende Hegemonialstrukturen, die nicht gleichzeitig die Unterwerfung unter bestehende Dominanzstrukturen verlangt (Strukturen wiederum, die notwendigerweise auf Ausschluss bauen), ist also unmöglich, es sind die Strukturen selbst, die hinterfragt werden müssen.

Es besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen dem erklärten Scheitern von Europas multikultureller Gegenwart und der kontinentalen Rassismusamnesie, der hartnäckigen Externalisierung von Rassismus und rassifizierten Gruppen aus Europas Geschichte. Diese Externalisierung implementiert eine unhinterfragte normative weiß-christlich sozialisierte Identität, die wiederum migrantisierte Gruppen zur ultimativen Bedrohung eines Europas macht, dessen Teil sie in Wirklichkeit schon lange sind. Ihre Anwesenheit wird jedoch primär im Zusammenhang von Krisen wahrgenommen und schnell vergessen, wenn es um die Konstruktion einer europäischen Identität geht, die in internalistischen Motiven verfangen bleibt – der Idealzustand bleibt so ein Europa, in dem Migrantisierte entweder unsichtbar, da »assimiliert«, oder abwesend sind. Eine grundsätzliche Neubewertung des Konzepts Europa, in der weder »weiß« noch »christlich« als privilegierte Zugehörigkeitskriterien

fungieren, scheint dagegen nach wie vor undenkbar (außer in den Albtraumszenarien von Pegida oder Bat Ye'ors *Eurabia*).⁸

Statt permanenter Nabelschau, unterbrochen von akutem und planlosem Krisenmanagement, muss Deutschlands (und Europas) Involviertheit in globale Entwicklungen und seine Teilverantwortung für diese Krisen nicht nur in der Gegenwart, sondern auch historisch anerkannt werden. Vor allem, aber nicht nur im Interesse derjenigen, deren Leben in der eurozentrischen Hierarchie schon immer wenig zählte und deren täglicher, hundertfacher Tod an Europas Grenzen immer noch erschreckend einfach ignoriert werden kann, doch »Kolonialgeschichte lehrt uns, dass Gewalt immer ›nach Hause kommt‹« (Kundnan 2015, online). Dieses Buch zeigt, wie hegemoniale Erinnerung reproduziert wird, aber es folgen auch Strategien, die sich diesem Prozess widersetzen, indem sie grenzüberschreitenden Aktivismus praktizieren – grenzüberschreitend im weitesten Sinne: zwischen Nationen, Identitäten, Geschlechtern, Communities, Politik und Kunst, dem Heute und Gestern – und so zu einem alternativen Modell deutscher Identität gelangen, das nicht über Ausschluss und Abgrenzung funktioniert, sondern aus der Perspektive der Ausgeschlossenen und Ausgegrenzten ein kritisches Erinnern praktiziert, das neue Zukunftsmöglichkeiten öffnet.

Eine kurze Anmerkung zur verwandten Begrifflichkeit: Ich benutze in diesem Text einige Ausdrücke, die nicht unbedingt allen Leser_innen vertraut sein werden, z. B. »Rassifizierte« oder »Migrantisierte«. Diese Begriffe werden im Text selbst erklärt.

8 | Die von Gisèle Littman unter dem Namen Bat Ye'Or veröffentlichten populär-historischen Werke, insbesondere das 2005 erschienene *Eurabia: The Euro-Arab Axis*, postulieren eine Verschwörung von Europäischer Union und arabischen Staaten mit dem Ziel der Zerstörung Israels und der USA über den Umweg der Islamisierung Europas. Zugrundeliegend ist die Annahme, dass sich ein aufgeklärtes, tolerantes judeo-christliches Europa und ein fanatischer, antisemitischer Islam von Beginn an und unvermeidbar als Antagonisten gegenüber stehen (weswegen die Allianz zwischen Islam und europäischem Faschismus eine natürliche ist). Ironischerweise sind ihre Arbeiten, akademisch diskreditiert, immens populär unter europäischen Faschisten (der norwegische Massenmörder Anders Breivik nannte sie als Inspiration) – aber auch im Mainstream und zunehmend der islamophoben Linken.

Wenn ich Gruppenbezeichnungen verwende, vor allem Bezeichnungen für Gruppen, deren Recht auf Selbstbenennung noch immer von der Mehrheit in Frage gestellt wird, bemühe ich mich, die Bezeichnungen zu benutzen, die von diesen Gruppen selbst beziehungsweise von Aktivist_innen aus diesen Gruppen vorzugsweise verwendet werden. Dabei ist mir klar, dass die Begriffe zum Teil auch innerhalb dieser Communities umstritten sind, das ist eine logische und unvermeidbare Folge der Rolle von Sprache in gesellschaftlichen Hierarchisierungsprozessen und für mich kein Grund, sie nicht zu verwenden (genauso wenig sollten sie aber als der Weißheit letzter Schluss betrachtet werden, pun intended).

Für den Plural verwende ich den Unterstrich.

Ich benutze den Begriff Holocaust für die nationalsozialistischen Völkermorde an Jüd_innen und Rom_nja und Sint_ezze, und Shoah und Parjmos, wenn ich explizit zwischen beiden differenziere.

Schließlich mein aufrichtiger Dank an all diejenigen, ohne deren Wissen, Hilfsbereitschaft, Zeit, Geduld und Inspiration ich dieses Buch nie hätte schreiben können. Insbesondere Angelina Maccarone und Peggy Piesche fürs Lesen, Eunsong Kim für die unschätzbare Einführung in Museumspolitik, Leslie Adelson und das German Studies Colloquium in Cornell und Anna Younes und das Berlin Colloquium of Color für ihr großzügiges und wichtiges Feedback, Sara Johnson für die Schreibpartnerschaft und Tara Javidi für alles.